

**Rede**  
der FDP-Generalsekretärin

**Cornelia Pieper, MdB**

55. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP  
am 5. und 6. Juni 2004 in Dresden

**Sperrfrist: Beginn der Rede!**  
**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,  
verehrte Gäste,  
sehr geehrte Damen und Herren,

von Dresden aus über die Zukunft unseres Landes zu sprechen, ist für uns Liberale ein besonderes Ereignis.  
Die Stadt symbolisiert wie keine andere Vergangenheit und Zukunft, die Verbindung von Tradition und Modernität.

Nicht nur deshalb, weil Dresden die Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte, deren Glanz und Schattenseiten erlebt hat,

nicht nur deshalb, weil die Dresdnerinnen und Dresdner nach der Wiedervereinigung ihre Stadt zu einer der erfolgreichsten Städte in den neuen Bundesländern gemacht haben, wird in dieser Stadt wie in keiner anderen deutlich, was Bürgerengagement zu bewegen vermag, der Wiederaufbau der Frauenkirche ist nur ein symbolisches Beispiel dafür.

Hier in Dresden und in Mitteldeutschland haben Liberale Geschichte geschrieben, hier sind unsere Wurzeln.  
1945 gründete Wilhelm Külz die Liberaldemokratische Partei Deutschlands, die er ab 1947 gemeinsam mit Theodor Heuss als Vorsitzender führte.

Wilhelm Külz war von 1931 bis 1933 Oberbürgermeister von Dresden. Ich freue mich, dass Dresden mit Ingolf Rossberg heute erneut ein liberales Stadtobhaupt hat.

Die Stadt Dresden ist mit den wiedervereinigten Liberalen eng verbunden. Hier fanden am 12. Februar 1990 wesentliche Verhandlungen für die Vereinigung der Liberalen zum Bund Freier Demokraten statt.

Zu jeder Zeit wurde die gesellschaftliche Entwicklung von liberalen Ideen mitbestimmt – heute wie früher. Vieles von dem, was Liberale vorausgesehen haben, ist Wirklichkeit geworden, wenn auch manchmal erst nach Jahrzehnten. Die Idee eines vereinten Europas, die Kraft des Glaubens an die Deutsche Einheit und die Umsetzung der damals noch liberalen Visionen in die praktische Politik hat sie trotz der Widerstände der anderen politischen Parteien doch Wirklichkeit werden lassen.

Damals wie heute waren wir Liberale die treibende Kraft gegen die Spaltung Deutschlands und Europas. Liberale Außenminister wie Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel haben für Deutschland Geschichte geschrieben. Ohne sie wäre die Einheit Deutschlands und die Europäische Integration nicht Wirklichkeit geworden. Wir sind die Europapartei und werden am 13. Juni mit einer Kandidatin ins Europaparlament einziehen, die für Wirtschaftskompetenz und soziale Kompetenz steht: Dr. Silvana Koch-Mehrin.

Damals wie heute waren die Liberalen stark vor Ort. Immerhin hat die FDP in Mitteldeutschland nicht nur die größte Anzahl an Bürgermeistern, sondern auch an kommunalen Mandatsträgern. Die Grünen haben in Thüringen gerade mal so viele Mitglieder wie die FDP kommunale Mandatsträger.

Neben den Europawahlen finden in diesem Jahr acht Kommunalwahlen statt. Die letzten Kommunalwahlen 2003 waren in Brandenburg. Ich grüße deshalb herzlich unsere Kommunalwahlkämpfer aus Brandenburg, die mit 6,3% das beste Kommunalwahlergebnis der FDP seit 1993 erreicht haben.

Ich begrüße aber auch unsere Freunde in NRW, die bei den nächsten Kommunalwahlen ihr bestes Ergebnis im Herbst holen werden - als Vorlage für die bevorstehenden Landtagswahlen 2005!

Immer mehr Menschen wollen sich für die FDP engagieren: An Rhein und Ruhr, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt und dem Saarland hat sich die Zahl der Kandidaten zur bevorstehenden Wahl um ein Drittel erhöht.

Die Zukunft der Kommunen hängt im Wesentlichen von ihrer finanziellen Ausstattung ab. Nicht nur deshalb haben wir die Gemeindefinanzreform und das Thema Ausbildungsplatzvernichtungsabgabe zu Schwerpunktthemen für Kampagnen gemacht. Wir sorgen uns um die Zukunft der Städte und Gemeinden. Auch was die Ausbildungsplatzabgabe angeht. Sie ist nicht nur ein bürokratisches Monstrum sondern treibt auch Firmen und Kommunen in die Pleite.

In Dresden denke ich aber auch an Wolfgang Mischnick, den langjährigen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, der 1945 in die Liberal Demokratische Partei Deutschlands eintrat und 1946 zum Stadtverordneten der Stadt Dresden gewählt wurde. Sein Wirken hat unsere Partei und unser Land tief geprägt. Diese großen Liberalen waren Vorreiter des Wandels - wachsam, mutig und tüchtig.

Viele von denen, die früher liberale Vorschläge nur mit spitzern Fingern und „Igit“ angefasst haben, reißen sich heute um unsere Konzepte und wetteifern darum, uns nachzuahmen. Aber wie bei jeder guten Produkt ist das Original immer besser als die Fälschung.

Liberalen nehmen auf vielen politischen Feldern eine Vorreiterrolle ein. In der Wirtschafts- und Steuerpolitik übernehmen andere Parteien unsere Forderungen, sei es bei der Deregulierung am Arbeitsmarkt, sei es beim Drei-Stufen-Modell im Steuersystem oder bei der Umstellung unseres Sozialsystems auf mehr private Vorsorge: Überall ist zu erkennen; Copyright by FDP!

Aber auch bei der Staatskunst gilt, was schon bei der Malerei von Bedeutung ist: Kujau ist nicht Rembrandt – Original bleibt Original. Und es fällt auf, es geht zu wie in der Schule: Der Nachbar schreibt ständig ab ohne zu verstehen, was er eigentlich abschreibt. ( Friedrich Merz übernimmt den Solms-Tarif und fordert kurz darauf eine Mehrwertsteuererhöhung)

Das beste Beispiel dafür ist unser Stufentarif zur Steuerreform mit 15,25,35 Prozent, den die CDU in einer geradezu unglaublichen Kreativität mit Sätzen von 12, 24, 36 Prozent kopierte.

Kein Wunder, wenn die Menschen das Wort Reform bald nicht mehr hören können, wenn ihnen tagtäglich Bruchstücken aus dem Reformsteinbruch hingeworfen werden.

Es fehlt ein Gesamtkonzept umfassender Reformen, die aufzeigen, wie den neuen Herausforderungen der Globalisierungsgesellschaft begegnet werden kann.

Die Kraft der Freiheit gibt die Kraft zu neuen Ideen und Veränderungen .  
Damals wie heute wie standen Liberale für Aufbruch, für Zukunftsvisionen und Fortschritt.

Karl Hermann Flach, der 1. Generalsekretär der FDP, schrieb bereits darüber: "Die Gesellschaft bedarf ständiger Veränderungen. Erstarrte Macht- und Besitzverhältnisse wirken freiheitsfeindlich. Der Liberalismus muss daher versuchen, jede Gesellschaft für Veränderungen offen zu halten...Liberalismus kann daher niemals statisch, sondern muß stets dynamisch begriffen werden.

Genau hierin liegt auch heute noch die Aufgabe der FDP in einer Zeit überfälliger Reformen Fortschrittspartei zu sein.

Genau hierauf gibt die Positionsschrift „Für die freie und faire Gesellschaft“ die Antworten. Die Frage nach der Zukunft der Freiheit, nach den Chancen des Liberalismus,..... ist die Frage nach der Zukunft einer menschenwürdigen Gesellschaft."

Auch die SPD muss erkennen: Arbeitslosigkeit ist die brutalste soziale Härte, weil die Arbeit mit der Würde des Menschen zu tun hat.

Weil immer weniger Menschen sich von der sozialbürokratischen Politik gängeln lassen wollen, laufen auch der SPD die Mitglieder in tausenden davon.

Die SPD misstraut den Menschen immer noch viel zu sehr und setzt auf das Kollektiv. Von Eigenverantwortung hält sie nicht sehr viel. (Bsp. Ausbildungsplatzabgabe)

Für die Liberalen ist Freiheit in Verantwortung aber die Grundlage für eine menschenwürdige Gesellschaft. Freiheit heißt ja, in die Sprache der Gegenwart erst übersetzt, den Menschen in seinem Streben nach Weiterentwicklung und Entfaltung durch übergeordnete Staatsbürokratie und Verbote nicht zu behindern, übrigens auch nicht dabei, sich im Wettbewerb mit anderen um die besseren Leistungen zu messen.

„Die Liberalen haben ihr Alleinstellungsmerkmal: Den Glauben an die Leistungskraft des Einzelnen und die Überzeugung, dass der Staat, Großorganisationen und Bevormundungskollektive, die Bedürfnisse des Einzelnen weitaus weniger einschätzen und regulieren können als mancher Gesellschaftsingenieur sich das in seinen Allmachtsfantasien ausmalt.“

Heute können wir beobachten, wie die SPD Opfer ihrer jahrelang geführten Propaganda wird.

Wohin es führt, wenn man die Menschen ihrer Verantwortung zu entwöhnen sucht, nur um sich selbst als Verantwortungsnehmer der Menschen aufzuspielen, das sehen wir an 4,5 Millionen Arbeitslosen.

Franz Müntefering, das neue „Rotkäppchen“ der SPD sprach kürzlich davon, ein Politiker sollte Visionen haben und die Lage richtig einschätzen. Bei seinem Verständnis muss man befürchten, dass er sich jetzt darum bemüht, Karl Marx wieder herbei zu zaubern.

Das liberale Programm, ist das Gegenstück dazu, es heißt: Leistung muss sich wieder lohnen.

Obwohl soziale Sicherungssysteme nach Umgestaltung schreien, hütet die SPD auf ihren Parteitagen programmatisch den sozialdemokratischen Verteilungsstaat als Fluchtburg gegen die Realität der Regierungsverantwortung.

Die Stimmung in der Bundesrepublik droht zum gesamtdeutschen Sauer-Land zu verkommen:

Weil immer von Gerechtigkeit die Rede ist und sich trotzdem das Gefühl breit macht, der Ehrliche, der Leistungswillige sei der Dumme.

Hier kann kaum einer seines Glückes Schmied sein.

Liberale widersetzen sich dem steigenden Maß an Umverteilung. Wir wollen die menschenwürdige Leistungsgesellschaft, nicht die sozialdemokratische Neidgenossenschaft.

Dass die SPD mit Neidkampagnen Wahlkämpfe führt, zeigt sich neuerdings auch in der Debatte um die Zukunft der neuen Länder. Die SPD Ministerpräsidenten Steinbrück und Simonis fordern, die Meßlatte für die Verteilung von Fördermitteln solle zukünftig nicht die Himmelsrichtung sondern die Bedürftigkeit sein. Sie führen ihren Wahlkampf auf dem Rücken der Ostdeutschen mit einer Neiddebatte. Aber wie sieht dann die Realität aus? Seit 1998, seitdem Rot-Grün regiert, hat die Gründungsintensität in den neuen Bundesländern dramatisch abgenommen, die Insolvenzquote liegt bei 20,5 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Die Arbeitslosenquote hat einen Höchststand seit der Deutschen Einheit erreicht (18,5 Prozent). Das größte Hindernis für einen wirtschaftlichen Aufschwung ist die Bundesregierung selbst!

Als der Bundeskanzler den Aufbau Ost zur Chefsache machte schwante mir nichts Gutes. Seit Manfred Stolpe am Werk ist weiß ich es, es ist um den Aufbau Ost geschehen.

Wer schon den Cargolifter, Chipfabrik und den Großflughafen in Berlin-Brandenburg in den Sand gesetzt hat, braucht unbedingt eine weitere Chance, um zu stolpern.

Manfred Stolpe hat seinen Auftrag falsch verstanden. Der hieß, alle Welt soll von made in Germany sprechen, nun sprechen alle von Maut in Germany.

Die Bundesregierung vertraut ihrem eigenen Minister für Aufbau Ost nicht. Der parlamentarische Staatssekretär a. D. Stefan Hilsberg erklärte in der Financial Times: „Stolpes Leistungsbilanz als Ministerpräsident lässt nicht erkennen, dass er die Kompetenz für den Aufbau Ost hat. Klaus von Dohnanyi stellt Ministerpräsident Stolpes Durchsetzungsfähigkeit in Frage und kritisiert seine Konzeptlosigkeit, übrigens nicht nur in Sachen Aufbau Ost.“

Dank des Prestige-Objekts der Grünen, eine Ökosteuer einzuführen, die keine ökologische Lenkungsfunction hat und die Benzinpreise explodieren lässt, hat Rot-Grün seit 1998 die Steuerbelastung auf den Straßenverkehr von 36 auf 57 Milliarden Euro hochgefahren, die Investition in Straße und Schiene sind aber auf ein historisches Tief gekürzt, trotz EU-Osterweiterung. Wir haben die Bundesregierung mehrmals aufgefordert, die Fördermittel aus den Strukturfonds vordringlich zum Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsnetze in Ostdeutschland einzusetzen. Die Verkehrsinvestitionen sinken auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Der ICE Nürnberg-Erfurt-Leipzig-Berlin ist nur ein symbolisches Beispiel dafür.

Apropos grüne Prestige-Objekte: wo der Schatten der Windräder endet, endet auch der technische Horizont der Grünen.

Don Quichotte von Cervantes kämpft im Wahn gegen , Jürgen Trittin für die Windräder. Die Energieprobleme der Zukunft lösen wir nicht allein mit einseitig subventionierten Windrädern, schon gar nicht in Regionen, die zu den windärmsten in Deutschland gehören.

Allein 2003 wurden 3,7 Mrd. € für die Subventionierung der Windmühlen ausgegeben. Arbeitsplätze werden für ökologische Prestigeobjekte geopfert. Arbeitslosigkeit hat einen Namen: Jürgen Trittin.

Das Geld gehört in die Forschung und Entwicklung , gerade auch für die Entwicklung neuer Technologien.

Im Osten Deutschlands liegt der Anteil an dem gesamtdeutschen Forschungs- und Entwicklungspersonal bei 9 Prozent, der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen bei 6 Prozent. Die wenigen Wachstumskerne, die es gibt, sind durch eine gute Vernetzung von Forschung und Wirtschaft entstanden. Auf diese positiven Erfahrungen heißt es in Zukunft mehr denn je zu setzen.

Für uns Liberale bleibt der Aufbau Ost Herzenssache. Frau Göring-Eckhardt äußerte sich neulich öffentlich in Thüringen, die ostdeutschen Probleme bedürften keiner Sonderbetrachtung, schon gar nicht neuer Modellregionen und Sonderwirtschaftszonen.

Dass den Grünen dieses Thema einer schnellen Wiedervereinigung nicht wichtig, war haben wir Anfang der 90iger Jahre gemerkt: sonst hätten sie unseren Vorschlag nach einem Niedrigsteuergebiet unterstützt. Aber es bleibt auch Tatsache, dass es ein Fluch war, das viel zu verworrene Bürokratiegeflecht und die Verwaltungsdichte 1:1 auf Ostdeutschland zu übertragen! Es bleibt auch Tatsache, dass das Tarifkartell aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden keine Wettbewerbsvorteile im Osten entstehen lässt.

Ansonsten würde es wahrscheinlich der Bundesregierung nicht so schwer fallen, den Bundesratsinitiativen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt zu Modellregionen für Deregulierung zuzustimmen. Es wäre eine echte Chance für die Menschen in den neuen Ländern, sich im Wettbewerb mit anderen Regionen zu messen, schneller aufzuholen durch unkomplizierte Genehmigungsverfahren und durch ein flexibles Arbeitsrecht.

Sozial ist, was Arbeit schafft. Arbeitslosigkeit hat immer noch dieselbe Farbe: Grün!

Übrigens: Der Regierungsberater in Sachen Aufbau Ost, Klaus v. Dohnanyi, hat wörtlich einen „pragmatisch angepassten Flächentarifvertrag mit breiten Öffnungsklauseln gefordert“. Recht hat er!

Die Ostdeutschen warten zu Recht auf Taten statt Worte!

Aber auch in Thüringen braucht es neuen Schwung in der Landespolitik, mit Uwe Barth und der FDP! Nach einer Befragung haben dort 70 Prozent der Bürger Angst, dass ihre Arbeitsplätze gen Osten abwandern. Darauf hat die Thüringer FDP die Antwort gegeben: Sonderwirtschaftszonen für Deregulierung zuzulassen.

Für Thüringen wäre es gut, es gäbe eine starke FDP in der Regierung, 40 Prozent der Bürger haben sich dort für eine schwarz-gelbe Koalition ausgesprochen.

Uwe, Dir und der Thüringer FDP Glück und Erfolg für den 13.6. Wir brauchen eine starke FDP mit Wirtschaftskompetenz und Bildungskompetenz. Wer am 13.6. ein Signal gegen rot-grünes Chaos in Berlin setzen will, muss auf jeden Fall FDP wählen. Ein Erfolg in Thüringen ist der beste Rückenwind für die Landtagswahlen im Herbst in Sachsen, Brandenburg und Saarland.

Wir wollen den Osten zum Reformmotor in Deutschland machen. Die Menschen hier haben längst Zeichen gesetzt für ein Reformprojekt, das in ganz Deutschland Ost anläuft, mit einer großen Flexibilität, mehr betrieblichen Bündnissen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, aber auch einer hohen Mobilität.

Vom Erfolg des Aufbau Ost hängt in hohem Maße ab, ob Deutschland als Lokomotive in Europa wieder vorankommt.

Leider fehlt dieser Regierung auch in anderen Bereichen der Sachverstand und Mut, die notwendigen Schritte kompetent vorzubereiten und umzusetzen. Mumm hat diese Regierung ausschließlich in Sektfloten.

Ob bei der Rentenreform, Gesundheitsreform oder auch Pflegeversicherung, der Reparaturbetrieb der Bundesregierung funktioniert nicht mehr.

Diese Bundesregierung hat die Renten erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik real gekürzt und die so genannte Schwankungsreserve, also den Notgroschen der Rente aufgebraucht. Wenn jetzt nicht ein Systemwechsel erfolgt werden regelmäßige Beitragssteigerungen und Rentenkürzungen folgen.

Für Liberale ist die Rente kein Almosen, sondern die Gegenleistung für lebenslanges Arbeiten.

Politische Notoperationen ohne einen Systemwechsel sind unfair gegenüber der jetzigen Rentnergeneration, weil sie in Ansprüche eingreifen, die die Rentner im Vertrauen auf eine verlässliche Rente durch ihre Arbeit erworben haben:

Viele Maßnahmen sind gut gemeint, aber nicht gut gemacht.

Wir brauchen den Mut zum großen Wurf. Den Mut zu einer modernen, freien und fairen Gesellschaft.

Deswegen sind wir auch gegen die Fortsetzung des Reparaturbetriebes und für einen Systemwechsel in den Sozialversicherungen und plädieren für Fairness zwischen den Generationen.

Wir sehen es alltäglich bei den Gestrauchelten in der Bundesregierung: Bildung tut not.

Das deutsche Bildungssystem war einst Modell für die ganze Welt. Dafür stand ein Name: Freiherr von Humboldt. Der Gründer der Universität Berlin reformierte das preußische Schulwesen.

Deutschland muss in der Bildung wieder an die Spitze.

Sicher: Ein besseres Bildungssystem gibt es nicht zum Nulltarif.

Aber die Investition in die Köpfe unserer Kinder zahlt sich aus.

16 Milliarden Subventionen für den Steinkohleabbau sind dagegen ganz gewiss kein Zukunftsprojekt für Deutschland.

Fakt ist, dass Deutschland bedeutend weniger für Bildung ausgibt als vergleichbare Staaten. Die öffentlichen Bildungsausgaben betragen in Deutschland lediglich 4,5% des Bruttoinlandproduktes, im EU-Durchschnitt sind es 4,9%.

Dass unsere Bildung deutlich unterfinanziert ist, ist eine der Folgen des ausgeufernten Sozial- und Versorgungsstaates.

Dass wir in Deutschland 6mal mehr für Soziales als für Bildung ausgeben, ist der eigentliche Skandal.

Heute sind 20 % der Schulabgänger ausbildungsunfähig, nahezu 14 % der Schüler erreichen keinen Berufsabschluss und die Studienabbrecherquote liegt bei rund 30 %, bei den Naturwissenschaften sogar doppelt so hoch.

Bildung kostet Geld, schlechte jedoch noch viel mehr.

Schon Benjamin Franklin brachte es auf den Punkt: "Investition in Wissen zahlt die besten Zinsen."

Fakt ist auch, dass in Deutschland Schule relativ spät beginnt und die Ausbildung länger als in anderen Ländern dauert, was letztendlich keinen Umkehrschluss auf die Qualität zulässt, wie uns PISA lehrt.

Das ist ein verantwortungsloser Umgang mit Lebenszeit und Lernzeit.

Hinzu kommt, dass wir durch die dramatischen Bevölkerungsentwicklung eine Generationslücke zu erwarten haben.

Die negative Bevölkerungsentwicklung trifft Deutschland mit voller Wucht. So soll sich das Arbeitskräftepotential in den nächsten zehn Jahren um 2,9 Millionen Menschen verringern!

Wissenschaftler warnen heute bereits vor einer sogenannten „Generationenlücke“. Das Erwerbspersonenpotential sinkt dramatisch. Ein Drittel der Erwerbsbevölkerung wird über 50 Jahre sein. In 2020 bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung um rund 2,5 Jahre.

Weder in der Familien- noch Bildungspolitik sind wir diesen Herausforderungen gewachsen.

Auch wenn die Erwerbsneigung von Frauen wächst - erstmals gab es im Wintersemester 2002/2003 über 50 Prozent Frauen, die ein Studium begonnen haben – bleiben 40 Prozent des Jahrgangs 1965 kinderlos.

Junge Eltern suchen nach qualitativ guter Kinderbetreuung.

Es geht um nichts anderes als um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es geht um die Einsicht der Politik, dass jungen Müttern und Vätern nicht mit mehr Kindergeld, sondern mit besserer Kinderbetreuung geholfen wird. Aber die Realität in Deutschland sieht anders aus.

Bei den unter Dreijährigen liegt die Versorgungsquote bei 3,8 Prozent. In der Mehrheit der Bundesländer gibt es einen Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz ab drei Jahre, aber nur für maximal vier Stunden. Angebote für Ganztagschulen findet man im Raritätenkabinett, sieht man von den neuen Bundesländern ab.

Wir Liberalen wollen Chancengerechtigkeit für Familien, Chancengerechtigkeit für Kinder!

Wir fordern:

- einen steuerlichen Grundfreibetrag von 7700 Euro für jedes Kind. Das ist besser als das Familiengeld der CDU, da es jungen Eltern mehr Entscheidungsfreiheit.
- den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, weil es auch bildungspolitisch sinnvoll und volkswirtschaftlich geboten ist.
- die Bildung vom Kopf auf die Füße zu stellen: nicht das Langzeitstudieren kostenfrei zu stellen, sondern in den Vorschul- und Grundschulbereich zu investieren.

Ich plädiere für eine Allianz von Familien- und Bildungspolitik, für mehr Chancengerechtigkeit am Start.

Die Familie ist die kleinste Einheit im sozialen Netz und damit Kern unserer Gesellschaft. Die Bedeutung der Familie für das Kind und die erzieherischen Leistungen der allermeisten Familien sind ausgesprochen groß und trotzdem sind sie kaum Thema der Politik. In der Familie wird der Grundstock für die Charakter- und Persönlichkeitsentwicklung jedes Kindes gelegt.

Der Zugang zu Bildung in Deutschland ist immer noch nicht gerecht und fair.

PISA hat gezeigt, dass in Deutschland die Wahrscheinlichkeit für ein begabtes Kind aus einer sozial schwachen Familie auf ein Gymnasium zu kommen, sechsmal

geringer ist als bei einem gleich begabten Kind aus besseren Einkommensverhältnissen.

Der Schlüssel für die Chancengerechtigkeit am Start ist daher die frühkindliche Bildung.

Das bedeutet, wir müssen frühzeitig mit Lernen beginnen, mit spielerischem Lernen ab 3 Jahren im Kindergarten, mit einer Startklasse ab 5 Jahre und Eingangstests für die Grundschule beginnen. Das ermöglicht frühzeitig Begabungen zu entdecken, Lernschwache zu fördern, die Sprachfähigkeit von Kindern mit Migrantenhintergrund zu verbessern. Es ist auch nicht mehr einzusehen.

In den meisten europäischen Ländern sind Kindergärten Bildungseinrichtungen und kostenlos.

Wenn wir Freiheit zum Kernthema in der Bildung machen, bedeutet das auch, dass das Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz und die ZVS fallen.

Das bedeutet auch, dass Hochschulen selbst über ihr Profil, ihre Finanzen entscheiden können und somit auch über Studiengebühren.

Bildung ist das zentrale Bürgerrecht, das die Lebenschancen aller jungen Menschen entscheidend bestimmt. Wir haben frühzeitig Bildungsgutscheine und somit ein kostenfreies Studium in der Regelstudienzeit gefordert.

Die Freiheit von Schulen und Hochschulen ist längst nicht Wirklichkeit in Deutschland. Nach wie vor verhindert Schulbürokratie Erneuerung und Fortschritt.

Das Forum Wissensgesellschaft mit Christoph Hartmann hat moderne Ansätze für die Bildungsdebatte geliefert,

Wir fordern die Entfesselung der Schulen!

Zur Umsetzung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen brauchen wir die eigenverantwortliche Verwendung der Haushaltsmittel ebenso wie nationale Bildungsstandards zur Qualitätssicherung.

Wir wollen autonome Hochschulen mit mehr Handlungsspielräumen.

Hochschulen müssen selbst in der Lage sein, ihre Studierende auszuwählen, Professorenernennungen müssen unabhängig von Ministerialbürokratie stattfinden.

Es geht hier nicht um elitäre Privilegien, es geht um Leistungseliten. Es geht um Anerkennung von Leistung und die Möglichkeit, Forschungsergebnisse auch in Deutschland umzusetzen.

Während bei uns in Deutschland darauf gewartet wird, dass Projekte, die seit Jahren im Genehmigungsverfahren sind, endlich realisiert werden können, haben ausländische Forscher bereits erste Ergebnisse präsentiert. So werden wir nur Mittelmass bleiben. So hemmt Deutschland den technischen Fortschritt, der die wesentliche Triebfeder für Wachstum und Wohlstand einer Gesellschaft ist.

Gute Forschungsergebnisse sind wie reifes Obst: Sie können nicht gelagert werden. Auf die Frage, was denn ein deutscher Forscher brauche, um internationale Anerkennung zu erlangen, antwortete ein in den USA lebender Forscher kurz und knapp: „Ein Flugticket.“

Es darf nicht dazu kommen, dass die Forschung in Deutschland kein Zuhause hat. Pioniergewinne gehen bei uns durch zu lange Widerstände verloren. Und jedes Mal steht die grüne Partei an der Spitze der Bedenkenträger.

Deutschland braucht Menschen, die klar sehen und für politische Konzepte eintreten, die wirklich voran bringen – und zwar in ganz Deutschland.

Deutschland braucht einen Politikwechsel: Die Kraft der Freiheit macht den Boden fruchtbar für neue Ideen.

Mit diesem Kompass vor Augen setzen wir unsere Reformansätze in der Positionsschrift des Bundesvorsitzende Guido Westerwelle „Für eine freie und faire Gesellschaft“ um.

Bis April 2004 haben wir die Schrift 35.000 Mal versandt und es erreichten uns mehrere Hundert Zuschriften.

Die Positionsschrift richtet das Augenmerk auf das Verhältnis von Freiheit und Fairness.

Der Bundesvorstand hat eine Kommission von internen und externen Experten damit beauftragt, die eingegangenen Hinweise sowie Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu sichten, zu bewerten und einzuarbeiten.

Die Kommission hat diesen Auftrag erfüllt. Das Ergebnis liegt dem Bundesparteitag zur Diskussion vor.

Ich möchte mich bedanken bei den Mitgliedern der Kommission und den zahlreichen Menschen innerhalb und außerhalb der Partei, die sich mit ihrer Kritik und ihren Kommentaren zur Schrift geäußert haben.

Die Resonanz auf die Positionsschrift hat deutlich gemacht: Es gibt in der FDP und weit darüber hinaus ein großes Bedürfnis an politischen Perspektiven, die über bloße Zustandsbeschreibungen und Bestandsaufnahmen hinausgehen.

Wir möchten die Landesverbände ermuntern, die Diskussion über die Positionsschrift aktiv zu begleiten. Deshalb regen wir die Durchführung von „Zukunftswerkstätten Freiheit“ an, in der die fundierte Sacharbeit an der Positionsschrift fortgesetzt werden soll.

Bitte stimmen Sie dem Antrag des Bundesvorstandes zu, dass eine neu einzusetzende Programmkommission, die Arbeit an der Positionsschrift fortführt.

Damit starten wir heute die Programmdiskussion für das Programm zur Bundestagswahl 2006.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

Parteien werden nicht wegen ihrer ruhmreichen Vergangenheit gewählt, sondern wegen ihrer Beiträge zur Lösung von Zukunftsfragen. Marie Curie: „Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss.“

Liberale können durch solide handwerkliche Arbeit überzeugen, wo andere sich als Experimentalpolitiker oder Flickschuster erweisen.

Das Jahr 2004 ist ein Jahr voller Herausforderungen mit noch 13 Wahlen! Wir wollen ins Europaparlament zurückkehren, Thüringen, Sachsen und Brandenburg bestehen. Das alles fordert Sportsgeist heraus. Es ist an uns mit Überzeugung und Tatkraft dafür Sorge zu tragen, immer mehr Menschen für die liberale Ideen zu gewinnen. Sie können dafür wichtige Botschafter für die liberale Sache sein. Machen Sie mit und Deutschland wird wieder an die Spitze kommen und bei Wirtschaftswachstum und Innovation nicht mehr Schlusslicht in Europa sein. Je mehr Liberale sich um uns versammeln, desto größer wird der Schwung für Veränderungen!

Eines ist klar:

Unser Auftrag ist noch lange nicht erfüllt.